

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 37. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 8. November 2012

1. Abgeordnete
Astrid Schmitt,
Ulla Brede-Hoffmann,
Michael Hüttner und
Doris Ahnen (SPD)

Einhaltung des Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt und die Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Bereits mehrfach wurde in den Medien über die hohe Zahl an Flügen auch über Rheinland-Pfalz während der vom Bundesverwaltungsgericht bestätigten Nachtruhezeiten berichtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts in Bezug auf die Nachtruhezeiten durch die zuständigen hessischen Behörden?
2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die für eine als Nachtflugverbot verstandene Regelung ungewöhnlich hohe Zahl an Flügen innerhalb der Ruhezeiten zu reduzieren?
3. Wie gestalten sich die Gespräche der Landesregierung mit den hessischen Behörden und der Fluglärmkommission zu einer besseren Umsetzung der Schutzinteressen der rheinland-pfälzischen Bevölkerung?

2. Abgeordnete
Dr. Norbert Mittrücker
und
Christian Baldauf (CDU)

Ausbau der Stromnetze in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang müssen nach Kenntnis oder Einschätzung der Landesregierung im Zuge der derzeitigen Entwicklung des Aufbaus dezentraler Stromerzeugungsanlagen wie Windräder und Solaranlagen bis 2020 die regionalen Verteilernetze für elektrischen Strom ausgebaut und erneuert werden?
2. Wie hoch sind nach Kenntnis oder Einschätzung der Landesregierung die dafür erforderlichen Investitionskosten?
3. Wie können oder müssen nach Kenntnis oder Auffassung der Landesregierung diese Kosten finanziert werden?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Kosten des Ausbaus für die regionalen Verteilernetze zu begrenzen und die Funktionssicherheit der Netze zu garantieren?

3. Abgeordneter

Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft und Reform der Erbschaftsteuer

Dem Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) unterliegen Erbschaften, Schenkungen sowie Zuwendungen unter natürlichen und juristischen Personen. Das Aufkommen der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu.

Bei der Erhebung der Erbschaftsteuer wird zwischen Privatvermögen und Betriebsvermögen differenziert. In sogenannten Cash-GmbHs können Privatleute ihr Vermögen verstecken und fast ohne Erbschaftsteuer vermachen. Dadurch bestehen Schlupflöcher im Erbschaftsteuersystem, sodass Vermögen ganz legal am Fiskus vorbei vererbt werden kann.

Dies unter anderem führte zum Urteil des Bundesfinanzhofs (Az.: II R 9/11) vom 5. Oktober 2012, der ausführte, dass Erben von Betrieben in Deutschland nur selten Erbschaftsteuer zahlen, sei eine „Überprivilegierung“, die „weit über das verfassungsrechtlich Gebotene und Zulässige“ hinausgehe. Auf Betreiben einiger Bundesländer sollen die Cash-GmbHs im Jahressteuergesetz verboten werden.

Die Junge Union (JU) hat auf ihrem Deutschlandtag in Rostock gefordert, die Erbschaft- und Schenkungsteuer vollständig abzuschaffen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Vorstoß aus dem Bundesrat, im Jahresteuergesetz die sogenannten Cash-GmbHs zu unterbinden?
2. Teilt die Landesregierung die Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorstoß?
3. Welche Einnahmen und Einnahmepotenziale für das Land sieht die Landesregierung durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer und entsprechende Reformschritte?
4. Teilt die Landesregierung die Forderung der JU nach einer Abschaffung?

4. Abgeordnete

Bettina Dickes,
Brigitte Hayn und
Gerd Schreiner (CDU)

Zukunft der landesgeschichtlich bedeutenden Klosterruine Disibodenberg nach der Prüfung durch die Stiftungsaufsicht

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die ADD die erfolgte Rückübertragung des Disibodenberggeländes an die Familie von Racknitz-Adams?
2. Was bedeutet das Prüfergebnis für die Zukunft des Disibodenbergs?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das weitere Vorgehen der Landesregierung und die Frage der rechtmäßigen Verwendung von Fördermitteln?
4. Warum hat die Landesregierung die kommunalen Vertreter bisher nicht über das Prüfergebnis informiert, obwohl sie mehrfach öffentlich von dieser Mitwirkung und Zukunftskonzepte gefordert hat?

5. Abgeordnete

Fredi Winter und
Michael Hüttner (SPD)

Tourismusbarometer 2012

Die Finanzgruppe des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz hat kürzlich das Tourismusbarometer 2012 vorgestellt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Übernachtungszahlen im Jahr 2012 entwickelt?
2. Wie hat sich das touristische Angebot in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren in quantitativer und qualitativer Hinsicht entwickelt?
3. Welche Rolle spielen laut der Studie touristische Angebote, die nachhaltig bzw. auf ökologisch verantwortungsvolle Weise wirtschaften?
4. Wie wird der „sanfte Tourismus“ in der Tourismusstrategie 2015 des Landes abgebildet?

6. Abgeordnete
Simone Huth-Haage und
Anke Beilstein (CDU)

Finanzierung des Ausbaus der Betreuungsangebote für unter Dreijährige Kinder (U 3)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Einwände hat die Landesregierung gegen die Bedingungen der Bundesregierung, eine gezielte Verwendung der Bundesmittel zum U 3-Ausbau im Rahmen des Fiskalpakts nachzuweisen und durch Landesmittel zu ergänzen?
2. Inwiefern hat sich durch die Haltung der Landesregierung bezüglich der Bundesmittel im Rahmen des Fiskalpakts und die andauernden Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Antragsstau für die Bezuschussung von Baumaßnahmen im U 3-Bereich ergeben?
3. Ist die Landesregierung bereit, der Forderung der Kommunen nach einer Übernahme von Kosten des U 3-Ausbaus durch das Land nachzukommen?
4. Wie begründet die Landesregierung angesichts des finanziellen Beitrags der Bundesregierung, der zusätzlich gewährten 580 Mio. Euro und der zinsgünstigen KfW-Kredite, dass das Land bisher keine eigenen Finanzmittel für den U 3-Ausbau verausgabt hat?

7. Abgeordneter
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkungen der Reform der Bankenaufsicht

Zur Bekämpfung der europäischen Banken-, Schulden- und Wirtschaftskrise wurde die Europäische Kommission beauftragt, eine Reform der Bankenaufsicht zu erarbeiten und vorzulegen. Allgemein unstrittig ist, dass es erforderlich ist, einen einheitlichen Aufsichtsrahmen für alle Banken in Europa zu schaffen.

Laut Medienberichterstattung ist geplant, die Aufsicht über alle Bankinstitute bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln. Danach soll geregelt werden, dass die EZB alle Banken überwacht.

Demgegenüber haben sich vor allem Vertreterinnen und Vertreter der Kreissparkassen, der Volks- und Raiffeisenbanken und auch der deutschen Kontrollbehörde BaFin dafür ausgesprochen, lediglich die sogenannten systemrelevanten Banken durch die EZB überwachen zu lassen. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Länder haben sich kritisch zur Initiative der Kommission geäußert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Vorschläge der Europäischen Kommission?
2. Bedeuten diese, dass auch kleine Institute mit regionalem Geschäft wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken unmittelbar von der EZB überwacht werden müssen?
3. Könnte ein einheitlicher Aufsichtsrahmen nach Auffassung der Landesregierung auch dann effektiv arbeiten, wenn nur große, grenzüberschreitend tätige Institute unmittelbar von der europäischen Aufsichtsbehörde, kleine Institute dagegen weiter von der nationalen Aufsicht überwacht würden?
4. Welche Argumente sprechen nach Auffassung der Landesregierung für einen Verbleib kleiner Institute wie insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken unter der nationalen Aufsicht?

8. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz,
Thorsten Wehner,
Kathrin Anklam-Trapp,
Monika Fink,
Martin Haller,
Michael Hüttner und
Marcel Hürter (SPD)

Bilanz der Weinlese und Weinernte – Weinjahrgang 2012

Beim Weinjahrgang 2012 werden in Rheinland-Pfalz nach Meinung von Fachleuten ähnlich wie 2011 sehr gute Qualitäten erwartet. Erstklassige Traubenqualitäten und ein sehr guter Gesundheitszustand der Trauben bieten auch in diesem Jahr gute Voraussetzungen für herausragende Weine in allen Qualitätsstufen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bilanziert die Landesregierung die Ergebnisse der Weinlese bzw. Weinernte 2012 der rheinland-pfälzischen Weinanbaugebiete von Ahr, Mittelrhein, Mosel, Nahe, Rheinhessen und der Pfalz?
2. Welche Voraussetzungen sieht die Landesregierung im Einzelnen gegeben, dass auch für den Weinjahrgang 2012 herausragende rheinland-pfälzische Weine erwartet werden können?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Marktlage für rheinland-pfälzische Weine im Hinblick auf Preise und Qualität?
4. Wie bewertet die Landesregierung aktuell die Entwicklung des globalen Weinkonsums der Top-10-Weinkonsumentenländer, wie sie anlässlich des 35. Weltkongresses der OIV für Rebe und Wein 2012 vom Generaldirektor der OIV zum weltweiten Weinbau für das Jahr 2011 vorgestellt wurden, im Hinblick auf Zusammenarbeit und Export für die rheinland-pfälzische Weinwirtschaft?

9. Abgeordnete
Josef Dötsch und
Marcus Klein (CDU)

Neue Förderquoten bei der Breitbandversorgung

Mit dem Jahreswechsel 2011 auf 2012 wurde die Förderquote für die Breitbandversorgung von der Landesregierung von 90 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Wegen der Einführung von Auswahlkriterien durch die Landesregierung wurde es erforderlich, nochmals die aktuellen Förderungsvoraussetzungen bei den Kommunen abzufragen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Förderung der Breitbandversorgung lagen Anfang 2012 mit welchem Investitionsvolumen vor?
2. Wie viele Kommunen müssen ihren Antrag auf Breitbandversorgung ein zweites Mal einreichen?
3. Mit der neuen Zuschussregelung steigt der Eigenanteil der Kommunen und damit der Anteil der freiwilligen Leistungen im jeweiligen kommunalen Haushalt. Wie viele Kommunen müssen wegen der kommunalen Haushaltslage durch die Vorgaben der Aufsichtsbehörden auf das Förderprogramm verzichten?
4. Wie viele Kommunen können im Doppelhaushalt 2012/2013 gefördert werden?

10. Abgeordneter
Arnold Schmitt (CDU)

Potenzieller Nationalpark im Hochwald

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist sichergestellt, dass der Bürgerdialog zum potenziellen Nationalpark im Hochwald von neutraler Stelle aus geleitet oder moderiert wird, sodass Befürworter und Kritiker gleichberechtigt am Dialog teilnehmen können?
2. Inwieweit ist sichergestellt, dass auch die nicht ausdrücklich und nur auf den Standort Hochwald bezogenen Einwände bei den Überlegungen und der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden?
3. Inwieweit stützen sich die von der Landesregierung geweckten Erwartungen im Zusammenhang mit einem Nationalpark auf verifizierbare Erfahrungen und konkrete Belege?
4. Wie geht die Landesregierung mit davon abweichenden Erfahrungen und Belegen um?

- 11. Abgeordnete**
Marcel Hürter und
Thorsten Wehner (SPD)
- Notwendige Verbesserungen beim Tierschutz und Novellierung des Bundestierschutzgesetzes**
- Das Bundestierschutzgesetz wird derzeit novelliert. Rheinland-Pfalz und der Bundesrat hatten sich für notwendige Verbesserungen beim Tierschutz ausgesprochen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie bewertet es die Landesregierung aus tierschutzpolitischer Sicht, dass die Bundesregierung entgegen vorheriger Erklärungen der Bundeslandwirtschaftsministerin und gegen die Positionierung des Bundesrates beabsichtigt, ein Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden nicht gesetzlich festzuschreiben?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung die Absicht der Bundesregierung, das im bisherigen Entwurf zur Novelle des Bundestierschutzgesetzes vorgesehene Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration zum 1. Januar 2017 um zwei Jahre zu verschieben?
 3. Welche bundesweiten Fortschritte gibt es nach Kenntnis der Landesregierung im Hinblick auf die notwendigen gesetzlichen Neuregelungen zur Käfiglegehennenhaltung?
 4. Welche Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes im Rahmen der Novellierung des Bundestierschutzgesetzes hat die Landesregierung bisher insbesondere im Bundesrat ergriffen?
- 12. Abgeordnete**
Dr. Susanne Ganster und
Thomas Günther (CDU)
- Lutherjahr 2017**
- Von Seiten der evangelischen Kirche wurde angeregt, 2017 den Reformationstag bundesweit als Feiertag zu behandeln. Die sachsen-anhaltinische Landesregierung zeigte sich diesem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Ist das Land Rheinland-Pfalz in die Vorbereitung des Lutherjahres mit einbezogen?
 2. Hat die Landesregierung schon Gespräche mit der evangelischen Kirche zur Vorbereitung des Lutherjahres 2017 aufgenommen?
 3. Unterstützt die Landesregierung den Vorschlag, den Reformationstag einmalig 2017 auch in Rheinland-Pfalz zu einem Feiertag zu erheben?
 4. Welche Kosten wären mit einer solchen Entscheidung verbunden?
- 13. Abgeordnete**
Kathrin Anklam-Trapp
und
Dr. Tanja Machalet (SPD)
- Rentenbeitrag**
- Der Deutsche Bundestag hat am 25. Oktober 2012 mit den Stimmen der Abgeordneten von CDU, FDP und CSU den Gesetzentwurf zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2013 (Beitragssatzgesetz 2013) beschlossen, mit dem der Rentenbeitragssatz von aktuell 19,6 auf 18,9 Prozent abgesenkt werden wird. In derselben Sitzung haben die Abgeordneten der Berliner Regierungskoalition die von der SPD beantragte Schaffung eines Demografie-Fonds in der gesetzlichen Rentenversicherung abgelehnt.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche finanziellen Auswirkungen sind mit der Beitragssatzsenkung für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz im Jahre 2013 verbunden?
 2. Wie wird sich die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung nach der Beitragssatzsenkung inklusive ihrer Nachhaltigkeitsrücklage entwickeln?
 3. Ist in absehbarer Zeit mit Beitragssatzerhöhungen zu rechnen und wenn ja, in welcher Größenordnung und zu welchen Zeitpunkten?
 4. Wie beurteilt die Landesregierung die jetzige Beitragssatzsenkung vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest zu gestalten und auch auf diese Weise drohender Altersarmut, auch in Rheinland-Pfalz, entgegenzuwirken?

**14. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)****Neuregelung von „Flohmärkten“ an Sonn- und Feiertagen**

Die Landesregierung hat seit mehr als zwei Jahren eine Neuregelung von Flohmärkten an Sonn- und Feiertagen angekündigt. Ein den Veranstaltern wie der Öffentlichkeit angekündigter Regelungstermin wurde mehrfach verschoben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind für das bisherige Hinauszögern einer Neuregelung von „Floh- und Trödelmärkten“ in Rheinland-Pfalz verantwortlich?
2. Welche Folgen hat dies bisher für Genehmigungen der Veranstalter bzw. auf welcher Basis werden Einzelgenehmigungen derzeit erteilt?
3. Welchen Entscheidungsraum haben welche örtlichen Behörden auf welcher Rechtsbasis derzeit?
4. Mit welchem Ziel will die Landesregierung auf welcher Rechtsbasis und bis wann eine allgemein verbindliche Regelung für Genehmigungen von Floh- und Trödelmärkten an Sonn- und Feiertagen schaffen?

**15. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)****Ausbau von Bundesstraßen in der Region Westerwald-Sieg**

Auf den unbefriedigenden Ausbau des Straßennetzes in der Region Westerwald-Sieg wird seit Jahren hingewiesen. In der Aktion „Anschluss Zukunft!“ konkretisiert sich die Ausbauforderung auf die West-Ost-Trasse B 8 – B 414 und die B 62.

Vor diesem Hintergrunde frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Projekte der B 8 – B 414 sowie der B 62 sind in der Region Westerwald-Sieg derzeit in welcher Planungsstufe und in welchem vorgesehenen Realisierungszeitraum zu nennen?
2. Welche Ortsumgehungen haben dabei welchen konkreten Planungsstand?
3. Welche Projekte sind zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Fortschreibung im Landesstraßenbauprogramm aufgenommen worden?
4. Welche Gründe für die zeitliche Verzögerung sind in den einzelnen Projekten zu nennen?